

Vertrag

zwischen

.....

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt -

und dem

Ministerium für Bildung
des Landes Sachsen-Anhalt
Turmschanzenstraße 32
39114 Magdeburg,

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ genannt -

über die Wahrnehmung der Aufgaben eines Betriebsarztes gem. DGUV Vorschrift 2 – Betriebsärzte – auf der Grundlage des § 3 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG).

§ 1 – Vertragsgegenstand –

(1) Der Auftragnehmer übernimmt im Rahmen der vereinbarten Einsatzzeiten alle Aufgaben, die sich aus

- a) dem Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz, ArbSchG) vom 07.08.1996 sowie der aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Verordnungen,
- b) dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG) vom 12.12.1973 sowie die aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Verordnungen,
- c) aus der Unfallverhütungsvorschrift DGUV Vorschrift 2 mit den diesbezüglichen Durchführungsanweisungen in der jeweils geltenden Fassung ergeben.

(2) Darüber hinaus gelten – in dieser Reihenfolge –

- dieser Vertrag,
- die Leistungsbeschreibung,
- die sonstigen Ausschreibungsbestandteile und
- die VgV in der jeweils gültigen Fassung.

- (3) Leistungen, die über die vorgenannten Vorschriften hinausgehen, bedürfen der gesonderten Vereinbarung.
- (4) Der Auftraggeber bedient sich bei der Erfüllung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag des Landesschulamts Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle.

§ 2 – Vertragsdauer –

- (1) Der Vertrag beginnt am 1. August 2026 und endet am 31. Dezember 2030. Es besteht die Möglichkeit der einmaligen Verlängerung des Vertrages um zwei Jahre (bis längstens 31. Dezember 2032). Der Vertrag verlängert sich automatisch, wenn er nicht vom Auftraggeber oder Auftragnehmer mit einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten zum 31. Dezember 2030 gekündigt wird.
- (2) Eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund ist zulässig. Wichtige Gründe können insbesondere vorliegen,
 - wenn der Auftragnehmer den Bestimmungen des Vertrages grob zuwiderhandelt, oder
 - wenn die Fortsetzung des Vertrages für eine der beiden Parteien nach gehöriger Interessenabwägung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls sowie der vertraglichen und gesetzlichen Risikoverteilung unzumutbar ist.

§ 3 – Aufgaben des Auftragnehmers –

- (1) Dem Auftragnehmer werden die in § 3 ASiG und in der § 3 DGUV Vorschrift 2 festgelegten Aufgaben übertragen. Er wird zur Wahrnehmung dieser Aufgaben verpflichtet.
- (2) Die vereinbarten Leistungen sind nach den anerkannten Regeln der Medizin und der Technik und unter Beachtung der jeweils geltenden Vorschriften zu erbringen.
- (3) Für die Auftragsausführung sind die Personen einzusetzen, die auf der – zwecks Kontrolle der Eignung einzureichenden und zu prüfenden – Liste vermerkt sind. Die dort vorgesehenen Betriebsärzte müssen die Anforderungen nach § 4 ASiG und § 3 DGUV Vorschrift 2 jeweils während der gesamten Vertragslaufzeit erfüllen. Im Fall einer Abwesenheit – gleich aus welchem Grund, insbesondere jedoch bei Krankheit oder Urlaub – verpflichtet sich der Auftragnehmer, die lückenlose Vertretung sicherzustellen. Der/die Vertreter muss/müssen ebenfalls den Anforderungen in § 4 ASiG und § 3 DGUV Vorschrift 2 während der gesamten Zeit der Vertretung genügen.
- (4) Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer für jede Fachkraft, die den vertraglich festgelegten Erfordernissen nicht entspricht, eine andere Fachkraft einzusetzen.
- (5) Soweit geschuldete Maßnahmen insbesondere der betriebsspezifischen Betreuung Qualifikationen erfordern, die von den in Abs. 3 genannten abweichen (z.B. Logopäden, Psychologen), muss der Auftragnehmer die geschuldete Leistung unter Rückgriff auf Personen erbringen, die diese Qualifikationen aufweisen.

- (6) Einzelheiten der durchzuführenden Maßnahmen (z.B. Ort, Termine) werden zwischen den zur Auftragserfüllung eingesetzten Fachkräften und vom Auftraggeber zu benennenden Personen vereinbart. Die Leistungen sind grundsätzlich an den Schulen zu erbringen. Soweit betriebsärztliche Leistungen im Einzelfall nicht an den Schulen erbracht werden können, sind sie in medizinischen Zentren zu erbringen.
- (7) Bis zum 15. Dezember 2026 stimmen Auftraggeber und Auftragnehmer ein Pflichtenheft zur Konkretisierung der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen miteinander ab. Darauf aufbauend hat der Auftragnehmer bis zum 31. Januar jedes Vertragsjahres – beginnend am 31. Januar 2027 – einen jährlichen Arbeits- und Maßnahmenplan vorzulegen; die Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer 6 der „Leistungsbeschreibung“ (**Anlage 1**). Der Auftragnehmer hat weiterhin bis zum Ende des I. Quartals jedes Vertragsjahres beginnend ab dem 31. März 2027 den nach § 5 DGUV Vorschrift 2 erforderlichen Bericht zu erstellen und diesen über das Landesschulamt Sachsen-Anhalt an den Auftraggeber zu übergeben. Die Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer 6 der „Leistungsbeschreibung“ (**Anlage 1**). Ferner hat der Auftragnehmer ein Protokoll über jede Begehung der Arbeitsplätze nach Maßgabe der Ziffer 6 der „Leistungsbeschreibung“ (**Anlage 1**) zu erstellen und dem Landesschulamt Sachsen-Anhalt übergeben.
- (8) Einsatzorte sind grundsätzlich die Schulstandorte. Darüber hinaus sind Einsatzzeiten im Rahmen der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung in Versorgungszentren möglich. Um landesweit eine gute Erreichbarkeit zu gewährleisten, sind Versorgungszentren des Auftragnehmers grundsätzlich in den im aktuell gültigen Landesentwicklungsplan 2010 ausgewiesenen Oberzentren und Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums (Stadt Dessau-Roßlau, Stadt Halle (Saale), Landeshauptstadt Magdeburg, Hansestadt Stendal und Stadt Halberstadt) einzurichten. Die vollständige Funktionsfähigkeit der Versorgungszentren und die ordnungsgemäße Betreuung dort sind spätestens ab dem 1. November 2026 zu gewährleisten und nachzuweisen.
Die Leistungen sind an allen Schulen in öffentlicher Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt sowie in den Versorgungszentren zu erbringen.

§ 4 – Einsatzzeiten –

- (1) Maßgeblich sind die in **Anlage 5** „Preisblatt“ festgelegten Einsatzzeiten. Eine Übertragung von nicht erbrachten Einsatzzeiten auf das folgende Kalenderjahr ist nicht zulässig. Wegezeiten sind keine Einsatzzeiten. Bei der Erstellung gleichartiger Unterlagen oder Kopien, die einen einmaligen Recherche- bzw. Erstellungsaufwand erfordern, wird nur jener als Einsatzzeit anerkannt.
- (2) Auf Leistungen der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2, Nr. 2 Grundbetreuung, Ziffer 9, dürfen in einem Vertragsjahr maximal 15 Prozent der vereinbarten jährlichen Grundbetreuungsleistungen entfallen.
- (3) Der Umfang des betriebsspezifischen Teils der Betreuung wird nach Maßgabe des § 3 dieses Vertrags ermittelt und regelmäßig überprüft.
- (4) Der Auftragnehmer hat seine Betreuungs- und Beratungsleistungen auf die innerbetrieblichen Notwendigkeiten des Auftraggebers abzustimmen. Das Gesamtstundenkontingent der Betreuung bleibt hiervon unberührt.

- (5) Generell gilt für alle verabredeten und eingeplanten Leistungen, dass Terminabsprachen einzuhalten sind. Absagen aus besonderen Gründen sind möglich, sie müssen bei Untersuchungen und anderen Beratungsleistungen / Begehungen etc. mindestens fünf Werktage (Montag bis Freitag) vor dem geplanten Termin erfolgen. Andernfalls kann die ausgefallene Leistung in Rechnung gestellt werden, wenn kein adäquater Einsatz an diesem Termin möglich ist.
- (6) Bei speziellen individuell erstellten Angeboten wie z. B. Projekttagen, Workshops, Seminaren etc., muss die Absage mindestens fünfzehn Werktage (Montag bis Freitag) vor der geplanten Veranstaltung erfolgen. Andernfalls kann die ausgefallene Leistung in Rechnung gestellt werden, wenn kein adäquater Einsatz an diesem Termin möglich ist. Dies gilt auch für entstandene Auslagen (z. B. Honorare an Dritte, Miete für technisches Equipment, speziell eingekaufte Materialien und Produkte).

§ 5 – Aufgaben des Auftraggebers –

- (1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer alle für die ordnungsgemäße Durchführung der vereinbarten Aufgaben notwendigen Informationen zur Verfügung. Er benennt dem Auftragnehmer gegenüber Ansprechpartner, die befugt sind, dem Auftragnehmer zur Durchführung der Aufgaben Aufträge und Weisungen zu erteilen.
- (2) Der Auftraggeber stellt die Beschäftigten zu den erforderlichen Untersuchungen frei.

§ 6 – Honorar und Abrechnung –

- (1) Das Honorar für die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen beträgt im ersten und zweiten Vertragsjahr pro Zeitstunde in Euro:

Arbeitsmedizin / Grundbetreuung	
Arbeitsmedizin / Betriebsspezifische Betreuung	
Arbeitsmedizin / Betriebsspezifische Betreuung im medizinischen Zentrum (Schwangere/ Einzelfälle)	

jeweils zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer, soweit jene nach den gesetzlichen Bestimmungen anfällt.

Das Honorar für die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen beträgt im zweiten dritten und den folgenden Vertragsjahren pro Zeitstunde in Euro:

Arbeitsmedizin / Grundbetreuung	
Arbeitsmedizin / Betriebsspezifische Betreuung	
Arbeitsmedizin / Betriebsspezifische Betreuung im medizinischen Zentrum (Schwangere/ Einzelfälle)	

jeweils zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer, soweit jene nach den gesetzlichen Bestimmungen anfällt.

Im Fall der Verlängerung gemäß § 2 Abs. 1 S. 2, 3 dieses Vertrags gilt der für das zweite Vertragsjahr angegebene Preis.

Mit den oben angegebenen Stundensätzen sind sämtliche Kosten der Leistungserbringung abgegolten, insbesondere die Fahrt-, Geräte-, Kommunikations- und Kopierkosten.

- (2) Die Zahlung erfolgt monatlich per Rechnung und für erbrachte Leistungen und wird ohne Abzug innerhalb von dreißig Tagen nach Rechnungsstellung fällig. Die Rechnung muss eine Aufstellung der geleisteten Einsatzzeiten enthalten, bezogen auf Dienstgebäude und Organisationseinheiten des Auftraggebers. Die Leistungen werden gesondert ausgewiesen nach Grundbetreuung und betriebsspezifischer Betreuung, jedoch getrennt nach Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit. Der Einsatz mehrerer Rechnungsformulare abhängig von der Region, der Grundbetreuung bzw. betriebsspezifischen Betreuung, dem Dienstgebäude oder der Organisationseinheit des Auftraggebers ist unzulässig. Art und Umfang der Leistung sind durch, der Rechnung beizufügende Leistungsnachweise in allgemein üblicher Form zu belegen.
- (3) Leistungen nach § 4 Abs. 2 können mit der jeweiligen Rechnungslegung pauschal abgerechnet werden.
- (4) Die Rechnungsstellung erfolgt an das

Landesschulamt Halle,
Ernst-Kamieth-Straße 2,
06112 Halle.

§ 7 – Haftpflichtversicherung –

Der Auftragnehmer hat eine branchenübliche Haftpflichtversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit zu unterhalten und dem Auftraggeber nachzuweisen. Die Haftpflichtversicherung wird auf EUR 2.500.000,00 begrenzt.

§ 8 – Datenschutz –

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über sämtliche interne Angelegenheiten, von denen er in Ausführung dieses Vertrages erfährt, Dritten gegenüber Stillschwiegen zu bewahren. Die Vorschriften der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO), des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger des Landes Sachsen-Anhalt (DSG-LSA) und des Strafgesetzbuches (StGB) sind zu beachten. Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Vertrages weiter.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Daten bei Vertragsbeendigung dem Auftraggeber oder einem nachfolgenden Betriebsarzt unter Beachtung der vorgenannten Rechtsvorschriften sowie unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht zu übergeben.

- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich vor Vertragsbeginn alle für ihn tätigen Fachkräfte, über Angelegenheiten, von denen sie im Rahmen der Betreuung und Beratung des Auftraggebers erfahren, Stillschweigen zu bewahren. Dies hat er dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

§ 9 – Vertragsstrafen –

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine nach Abs. 2 zu bemessende Vertragsstrafe zu zahlen,
- a) wenn er entgegen § 3 Abs. 3 und 4 dieses Vertrags schuldhaft Personen zur Leistungserbringung im Rahmen der Grund- oder betriebsspezifischen Betreuung einsetzt, die den vereinbarten Anforderungen in § 4 ASiG und § 3 DGUV Vorschrift 2 nicht entsprechen,
 - b) wenn er entgegen § 3 Abs. 5 dieses Vertrags die vertraglich geschuldete Leistung schuldhaft nicht erbringt,
 - c) wenn er entgegen § 3 Abs. 7 Satz 2 dieses Vertrags den nach § 5 DGUV Vorschrift 2 vorgeschriebenen Bericht für das zurückliegende Vertragsjahr schuldhaft nicht bis zum 31. März des betreffenden Vertragsjahrs dem Auftraggeber über das Landesschulamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle vorlegt.
- (2) Die Vertragsstrafe beträgt für jeden Fall der Zuwiderhandlung bzw. – im Fall von Abs. 1 Buchstabe c – für jede vollendete Woche der Fristüberschreitung mindestens EUR 100,00 und höchstens EUR 1000,00. Sie wird durch den Auftraggeber nach billigem Ermessen und – im Fall von Abs. 1 Buchstabe c – bezogen auf diejenigen Werktage festgelegt, die die Ausführungsfrist überschreiten. Bei der Festsetzung der Vertragsstrafe ist auf das Ausmaß der Pflichtverletzung und den Umfang des Verschuldens abzustellen.
- (3) Die Obergrenze ist fünf Prozent der Angebotssumme.
- (4) Die Bestimmungen des § 341 Abs. 3 BGB sind nicht anzuwenden. Die Vertragsstrafe wird jedoch nicht mehr geschuldet, wenn sich der Auftraggeber die Vertragsstrafe bei Entrichtung der für diese Leistung geschuldeten Vergütung nicht vorbehält.
- (5) Die Vertragsstrafe ist seit dem Zeitpunkt ihrer Verwirkung mit Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszins zu verzinsen.

§ 10 – Vertragsänderungen –

Änderungen des Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Bestehende mündliche Nebenabreden, gleich ob bekannt oder unbekannt, sind aufgehoben.

§ 11 – Salvatorische Klausel –

Falls eine Bestimmung dieses Vertrages aus irgendeinem Grund unwirksam sein oder werden sollte, hat dies nicht die Unwirksamkeit des Gesamtvertrages zur Folge.

Die Vertragsparteien werden unwirksame oder undurchführbare Bestimmungen durch solche rechtlich zulässigen Vereinbarungen ersetzen, die den Vertragsgrundsätzen entsprechen und den Zielen der vereinbarten Betreuung möglichst nahekommen.

§ 12 – Gerichtsstand –

Gerichtsstand ist Magdeburg.

..., den

Magdeburg, den 1. August 2026

.....
-Auftragnehmer-

.....
-Auftraggeber-
